

Wo Österreich in der Forschung aufholen muss

INNOVATIONSPOLITIK. Es muss noch an vielen Stellschrauben gedreht werden, will Österreich bei Forschung & Entwicklung nicht stehen bleiben.

Gut, aber nicht gut genug. So kann man die Lage bei Forschung & Entwicklung in Österreich zusammenfassen. Die wunden Punkte sind hinlänglich bekannt: Will das Land bei der Wettbewerbsfähigkeit nicht zurückfallen, muss das Bildungssystem verbessert, müssen bei der Mittelvergabe richtige Prioritäten gesetzt und Forschung & Entwicklung gefördert werden.

Pensionen essen Bildung auf

Die gravierendste Schwäche Österreichs ist die Ausbildung des Nachwuchses. Die Wirtschaft beklagt nicht nur einen eklatanten Technikermangel, sondern auch ein zunehmend sinkendes Bildungsniveau. Das Bildungssystem ist im Vergleich zu anderen Ländern unterfinanziert und ineffizient. „Bildungsvolksbegehrer“ Han-

nes Androsch weist zurecht darauf hin, dass im Bundesfinanzrahmen bis 2015 die Pensionszuschüsse nominell um 24 Prozent steigen, die Bildung aber nur um 6 Prozent. Das entspreche einer „realen Schrumpfung“. Finanziell am Boden liegen die Universitäten. Um die Forschungsquote von derzeit 2,9 Prozent auf 3,76 Prozent im Jahr 2020 zu heben, müssen „die Mittel massiv aufgestockt, die Maßnahmen kon-

kreterisiert und Zuständigkeiten klargestellt werden“, sagt die Wirtschaftskammer.

Strukturelle Nachteile

Laut WIFO-Chef Karl Aiginger liegt es aber nicht nur am Geld; Österreich habe strukturelle Nachteile, „weil wir viel zu wenige Forscher und Uni-Absolventen naturwissenschaftlicher Studienrichtungen haben.“ Ein weiterer Hemmschuh sei, dass

die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den Unternehmen besser sein könnte. „Wir haben kein Silicon Valley“ klagte Aiginger.

250 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr

Lichtblicke gibt es allerdings schon – und zwar auch gerade in Oberösterreich: etwa der Software-Park in Hagenberg, der neue Science-Park der Uni Linz oder die enge Zusammenarbeit zwischen dem neuen Forschungszentrum von Borealis und dem neu geschaffenen Kunststoff-

institut. Der Schlüssel für eine künftige Wettbewerbsfähigkeit ist die Förderung von F&E. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben in Österreich für F&E von 1,94 Prozent im Jahr 2000 auf 2,79 Prozent im Vorjahr gewachsen. Damit spielen wir in der Liga mit Deutschland (2,82 Prozent), Schweiz (3,0 Prozent), USA (2,77 Prozent), Dänemark (3,02 Prozent) und dem Spitzenreiter Finnland (3,93 Prozent). Mit 8,28 Milliarden Euro wird heuer erstmals die 8-Milliarden-Grenze bei den Investitionen für Forschung und Entwicklung über-

schritten. 44,6 Prozent davon werden von den Unternehmen aufgewendet, 38,7 Prozent stammen von der Öffentlichen Hand und 16 Prozent trägt das Ausland bei. Die Wirtschaftskammer weist allerdings kritisch darauf hin, dass die heuer angestrebte F&E-Quote von 2,79 Prozent bereits 2009 erreicht wurde. „Im Vorjahr ist sie wieder auf 2,8 Prozent leicht gefallen. Tatsache ist, dass das vom Bund definierte Zwischenziel von einer F&E-Quote von 3 Prozent wieder verfehlt wurde“, sagt Anton Helbich-Poschacher, Obmann der WKOÖ-Sparte

Industrie. Kritisiert wird auch, der Bund habe für sein engagiertes Ziel, die F&E-Quote im Jahr 2020 auf 3,76 zu steigern, bei der Planung seiner eigenen Mittel „auf dieses Ziel vergessen“. Laut Wirtschaftskammer müsste der Bund jährlich 250 Millionen Euro zusätzlich in Forschung & Entwicklung investieren, um keine Stagnation herbeizuführen. Möglich wäre dies trotz klammer Finanzen, wenn der Staat Privatisierungserlöse für Forschung einsetzen oder steigende Steuereinnahmen für Forschung genutzt würden. (scho) ■



Mag. Doris Hummer, Landesrätin für Wissenschaft und Forschung

Dr. Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftsminister



Dr. Wolfgang Eder, CEO voestalpine AG

Dr. Rudolf Trauner, Präsident der WKOÖ



STÄRKEN STÄRKEN

Innovationspolitik spielt als Basis für die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen eine zentrale Rolle. Forschung und Bildung weisen uns den Weg in die Zukunft. Unsere Leitgedanken sind dabei, in der Bildung das Innovations- vor das Imitationslernen zu stellen und durch Forschung unsere Stärken zu stärken sowie Neues zu wagen. Im globalen Wettbewerb können wir nur mit Innovationen und hoher Produktivität punkten. Dafür müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen und Instrumente und Anreize schaffen, die treffsicher wirken!

KMU MOTIVIEREN

Die Europäische Union hat in ihrem jüngsten Innovationsbericht bestätigt, dass Österreich bei Forschung und Entwicklung auf dem Weg zur Weltspitze ist. Trotz dieser guten Positionierung dürfen wir uns jetzt nicht zurücklehnen, sondern müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit laufend ausbauen. Daher haben wir gerade einen zusätzlichen Innovationsscheck im Wert von 10.000 Euro lanciert, mit dem wir noch mehr KMU zum Einstieg in F&E motivieren wollen. Dazu kommen neue Technologieschecks im Wert von 1.000 Euro für innovative Gründer. Zusätzliche Impulse setzt die auf 10 Prozent erhöhte Forschungsprämie. So werten wir den Forschungsstandort Österreich weiter auf.

KOORDINIERT HANDELN

Einerseits kann Innovationspolitik nicht losgelöst von der allgemeinen Entwicklung des Wirtschaftsstandortes betrachtet werden, andererseits gilt es – gerade aus Sicht eines global tätigen Unternehmens, wie dem voestalpine-Konzern, – das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass derartige Fragen zur Innovationspolitik langfristig nicht mehr bloß national, sondern vielmehr koordiniert auf europäischer Ebene zu beantworten sind. Und hier gilt: Nur eine funktionierende, leistungsfähige und im internationalen Wettbewerb nicht eklatant benachteiligte Industrie kann die dauerhaften Voraussetzungen für Innovation, Wissen, Technologie und damit die Grundlage für nachhaltiges Wachstum schaffen.

UNIVERSITÄT AUSBAUEN!

Österreich muss sich zu einem Innovationsführer weiterentwickeln und zumindest die von der Bundesregierung für das Jahr 2020 angepeilte F&E-Quote von 3,76 Prozent (derzeit 2,79 Prozent) erreichen. Daher müssen die F&E-Fördermittel der Forschungsförderungsgesellschaft um jährlich 10 Prozent bis zum Jahr 2020 erhöht werden. Weiters ist die steuerliche Diskriminierung der Auftragsforschung zu beseitigen und die derzeit bestehende Deckelung von 100.000 Euro auf 5 Millionen Euro anzuheben. Gerade für die öö. Wirtschaft besonders wichtig sind ein massiver Ausbau der JKU Linz und der FH OÖ und eine weitere Forcierung der Zusammenarbeit Wirtschaft – Wissenschaft.